

# „Dete“ zeigt: Polizei ist ungeliebtes Stiefkind

Im Oktober schrieb mir ein Angehöriger der Bereitschaftspolizei: „Ich kann nicht verstehen wie sich Abgeordnete unserer Bürgerschaft, bei vollem Verständnis der politischen Dimension (Unterstützung und Solidarität zu überregionalen Hausbesetzungen), mit anarchistischen Straftätern solidarisieren ... wo bleibt der gesellschaftliche Diskurs zur Verfassungstreue von Bürgerschaftsabgeordneten? Mal so viel zum Thema „Zuverlässigkeitsprüfung von Polizeibeamten“. Der Kollege war im ersten Angriff an einem frisch besetzten Haus in der Bremer Neustadt eingesetzt und seine Irritationen scheinen begründet.

## Lüder Fasche

Die „Dete“ kennen vielleicht noch einige von euch aus den zahlreichen Verfilmungen des „Heidi“-Romans. Es handelte sich um Heidis Tante, die das kleine Mädchen gleich zweimal lieblos aus eigennützigen Motiven fremd platzierte. Erst beim Alm-Öhi und dann bei Familie Sese-mann in Frankfurt.

Mitte Oktober sorgte „Dete“ nun in Bremen dafür, dass sich zwar nicht Heidi, aber Bremens Polizistinnen und Polizisten einmal mehr recht lieblos behandelt und wie ein ungeliebtes Stiefkind dieser Regie-

rung fühlen. Natürlich handelt es sich bei der Dete diesmal allerdings nicht um die Schweizer Romanfigur, sondern um ein real existierendes, aber leer stehendes Gebäude einer Wohnstraße in der Bremer Neustadt, einst Heimat des Möbelhauses Deters.

Die Ereignisse um die Bremer „Dete“ zeigen indes sehr wohl, dass hier ebenso selbstsüchtig agiert wurde wie von der Romantante gleichen Namens.

Während es die Bremer Koalitionäre nicht ein einziges Mal schafften, mit der Gewerkschaft der Polizei oder ihren Konkurrenten über Entwürfe zum neuen Polizeigesetz zu sprechen, waren sie ruckzuck am Ort des Geschehens, als es darum ging, mit illegal agierenden Linksextremisten zu verhandeln. Anders als bei der GdP hielt sich deren Gesprächsbereitschaft dann doch sehr in Grenzen.

Aber noch mal zurück. Was war geschehen?

Am Freitag, 9.10.2020, hatten „Aktivistinnen“ ein leer stehendes Gebäude in der Neustädter Lahnstraße besetzt. Das ehemalige Möbelhaus, zwischenzeitlich als alternatives Kulturzentrum „Dete“ bekannt, sollte zu einem Wohnkomplex umgebaut werden. Dieser Vorgang verzögert sich aber auch wegen Klagen von Anwohnenden seit Jahren.

Die sieben Besetzerinnen bezeichneten sich als anarchistische querfeministische

„FLINTA“-Gruppe, was für Frauen, Lesben, Inter-, Trans-, Nonbinäre und A-Gender steht. Eine Bezeichnung, an der die Komikergruppe Monty Python sicher ihre helle Freude gehabt hätte.

Als GdP geht es uns aber nicht darum, etwas lächerlich zu machen. Unsere Gesellschaft muss auch andere Lebensentwürfe als die von Reihenhaushaus-Polizisten tolerieren. Und Wohnungsnot ist ein Problem, auch im reichen Deutschland. Spekulationen mit Wohnraum sind Teil dieses Problems. Doch darum ging es den „FLINTA“-Menschen gar nicht.

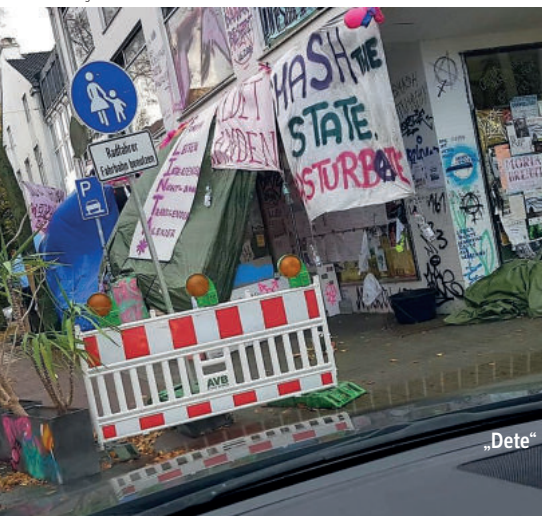
„Besetzerin „Lilith“ gegenüber der TAZ

Wenn ihr uns einen Raum nehmt, nehmen wir uns einen anderen.

Ihre Besetzung bezeichneten sie in einem Interview mit der TAZ als spontane Reaktion auf die Räumung der Liebigstraße 34 in Berlin. Dort hatten Besetzerinnen zwei Jahre ein besetztes Haus nicht verlassen wollen und stattdessen aus ihrem geschaffenen rechtsfreien Raum heraus die linksbürgerliche Nachbarschaft mit Sachbeschädigungen und Bedrohungen überzogen.

Zeitnah zur Protestbesetzung in der Lahnstraße kam es dort zu einer solidari-

Foto: B. Bergmann





Tweet vom 14.10.2020

Foto: Twitter

schen Spontandemo am Haus. Es wurden unter den Augen von zur Untätigkeit verdammten Polizeibeschäftigten Straßensperren errichtet, Pyro gezündet und alle Corona-Regeln missachtet. Mittendrin statt nur dabei: Olaf Zimmer, ein Bürgerschaftsabgeordneter der Linken, mittlerweile eine der drei Bremer Regierungsparteien.

Nach der Besetzung des Hauses hatte dessen rechtmäßiger Eigentümer Strafantrag gestellt. Damit bestand die Grundlage, ja eigentlich sogar die Verpflichtung, für die Räumung des Hauses durch die Polizei. Es passierte jedoch nichts am Wochenende.

„ Senator Mäurer in der Innendeputation

Ich wollte nicht, dass die Polizisten schon wieder am Sonntag angerufen werden.

Als GdP wissen wir, dass nicht umsichtiges Handeln oder eine ausgefeilte Deeskalationstaktik die Ursache hierfür waren, sondern es standen schlicht und ergreifend nicht die notwendigen Kräfte zur Verfügung. Personalmangel und Corona ließen grüßen. Niedersachsen hätte den darauffolgenden Dienstag mit geeigneten Einsatzeinheiten helfen können. Doch abgesehen von den nach wie vor bestehenden Gehwegblockaden, stellte sich die Frage des Einsatzes nicht mehr. Der Hauseigentümer nahm seinen Strafantrag zurück. Wohl auch, weil für ihn die Aussicht bestand, anders als bislang, plötzlich wieder Mieteinnahmen generieren zu können. Natürlich nicht von den spontan eingezogenen Bewohnerinnen, sondern auf Kosten der Steuerzahler. Grüne und Linke hatten sich für weitaus mehr als nur eine friedliche Lösung einer illegalen Besetzung eingesetzt, sondern sich sehr, sehr schnell mit den Besetzerinnen solidarisiert und unterstützend einen befristeten Mietvertrag mit Übernahme von Verbrauchskosten in Aussicht gestellt.

Peinlich für die Vertreter der Regierungsparteien, dass sie sich dabei für eine Splittergruppe einsetzt haben, die nicht nur Männer per se diskriminiert, sondern auch gleich Demokratie, Parlamentarismus und Rechtsstaat ablehnt.

Auch der Eigentümer der Immobilie wurde in weiteren Tweets bei Twitter subtil bedroht. Wobei diese Bedrohung leider fast weniger überraschte als der Umstand, dass

die selbst ernannten Anarchistinnen nicht so anarchisch sind, um nicht ausgerechnet die Plattform Twitter für ihre kruden Botschaften zu bemühen.

Das ganz große Zurückrudern der linken Regierungsparteien war dennoch nicht festzustellen. Feinde unserer Demokratie und unseres Rechtsstaates sollen scheinbar nur am rechten Rand bekämpft werden.

„ Immanuel Kant (1724–1804)

Das Recht muss nie der Politik, wohl aber die Politik jederzeit dem Recht angepasst werden.

Wer zu Recht von Polizisten und Polizistinnen eine Verfassungstreue erwartet und diese sogar kontrollieren möchte, sollte aber selbst über einen klaren Kompass verfügen, was Recht und Unrecht im demokratischen Rechtsstaat ausmacht.

Recht darf eben nicht danach gebeugt werden, ob die Betroffenen eher dem eigenen oder dem politisch feindlichen Lager zugeordnet werden können. Die Politik, ja sogar unser gesamtes System, nimmt durch den Vertrauensverlust, den ein solches Verhalten hervorruft, irreparablen Schaden. Zudem ist es den zur objektiven Amtswahrnehmung verpflichteten Polizeibeamten und -beamtinnen ein schlechtes Vorbild.

„ Peter Schnaars, Vorsitzender der GdP-Fachgruppe Schutzpolizei

Was sollen Beschäftigte der Polizei Bremen denken, wenn Mitglieder der Bremischen Bürgerschaft sich mit Straftätern nach einer illegalen Hausbesetzung öffentlich solidarisieren und diese Straftäter gleichzeitig auf sozialen Netzwerken ‚Hass dem Staat, Hass der Polizei‘ skandieren.

Im Bereich der rechten Straftaten wird der AfD häufig zu Recht vorgeworfen, sich als geistige Brandstifter zu betätigen. Wenn es aber geistige Brandstifter für politisch motivierte Straftaten gibt, dann kann das doch nicht ausschließlich für rechtsradikale Taten gelten, sondern auch für linke. Hier

erwarten wir sensibleres Vorgehen in Bremens Regierungspolitik. Straftätern sind keine Steilvorlagen zu geben und von politisch motivierten Straftaten, insbesondere bei Gewalt gegen Personen oder Sachen, muss sich immer deutlich distanziert werden.

Auch über die Rolle der Polizei muss sich die Politik im Klaren sein. Aus den Tweets der Rosaroten Zora wurde zum Beispiel deutlich, dass der Respekt vor der tatenlosen Polizei stark nachließ.

„ Polizeivizepräsident Dirk Fasse

Waren wir in diesem Spannungsfeld erfolgreich? Sicherlich kann man darüber diskutieren. Ein klares Ja von mir ...

Natürlich begrüßen wir als Gewerkschaft der Polizei jeden Einsatz, der keine verletzten Polizisten oder Polizistinnen zurücklässt. Am besten sind immer komplett friedliche Einsätze.

Die Freude darüber hält sich aber in Grenzen, wenn die Polizei dadurch insgesamt weniger wehrhaft und damit angreifbarer erscheint. Eventuell hat man das Problem also nur aufgeschoben.

Einige Tage nach der Besetzung brannte ein Streifenwagen vor dem Revier in der Innenstadt. Die zeitliche Nähe zu den Vorfällen in der Lahnstraße war offenkundig. In einem Bekenner schreiben wurde als Motiv für den Anschlag die Beteiligung von Bremer Polizisten an der Räumung des besetzten Hauses Liebigstraße 34 in Berlin genannt.

„ Helmut Schmidt (Bundeskanzler)

Der Rechtsstaat hat nicht zu siegen, er hat auch nicht zu verlieren, sondern er hat zu existieren!

Zudem rühmten sich die Verfasser damit, „Feuer in der Höhle des Löwen“ direkt unter der Nase der Polizei gelegt zu haben. Das kommt dabei heraus, wenn man von Bremens Regierungspolitikern verhätschelt wird und gleichzeitig jeden Respekt vor der Polizei verloren hat. ■

ICH MEINE:

## Für Recht und Freiheit

Heinfried Keithahn

Kein Tag, an dem der Polizei ungerechtfertigte Gewaltanwendung vorgeworfen wird. Kein Tag, an dem der Polizei ungerechtfertigte Kontrollen unterstellt werden. Kein Tag, an dem der Polizei eine grundsätzlich rechtsradikale Einstellung unterstellt wird. Kein Tag, an dem Tageszeitungen, Wochenzeitschriften, Radio- und auch Fernsehsender diese Themen nicht im Programm haben. Und immer wieder verantwortliche Politiker, die die Vorwürfe untermauern und strukturelle Probleme in der Polizei sehen.

Doch schaut man genau hin, dann werden selbst staatlich angeordnete Überreaktionen von Polizeien anderer Länder auf die deutsche Polizei übertragen. Und auch Vorfälle bei der Bundeswehr werden herangezogen, um der deutschen Polizei eine rechtsradikale Einstellung zu unterstellen.

Ja, die Polizei in Deutschland hätte an verschiedenen Stellen professioneller auftreten können. So hat der Untersuchungsausschuss des Bundestages die Arbeit der Polizei in Zusammenhang mit dem Nationalsozialistischen Untergrund intensiv untersucht und deutliche Mängel bei der Ermittlung der Täter aufgedeckt. Auch die Chatgruppen, in denen Polizisten rechtsradikale Inhalte austauschten, werfen kein gutes Licht auf die Polizei. Dabei ist es völlig egal, ob diese Beamten wirklich eine rechte Grundhaltung hatten oder „nur rechte Inhalte leichtfertig verteilten“. Und doch kann man diese Verfehlungen nicht automatisch auf alle 320.000 Polizisten in Deutschland übertragen.

Die Bevölkerung tut dies auch nicht, denn 82 Prozent vertrauen auch weiterhin der Polizei. Aber es ist durchaus zu erkennen, dass die ständig wiederholten Vorhaltungen aus Presse und Politik Wirkung zeigen, denn der Anteil der Bevölkerung, der der Polizei eben nicht vertraut, stieg von 12 Prozent (2019) auf 17 Prozent (Stand: 4.8.2020).

Nun sind es die Medien, die erheblich zur Meinungsbildung beitragen und hier wer-

den bei der Berichterstattung über die Polizei zwei Stilrichtungen deutlich:

Die eine entwertet pauschal die bei der Polizei beschäftigten Menschen. Es wird der Verdacht geschürt, dass alle Faschisten, zumindest latent, rechtsradikal sind. Vielleicht stecken einige sogar mit rechten Terroristen unter einer Decke. Auf jeden Fall sind sie gewalttätig und selbstgefällig. Das gipfelte dann in einem Artikel der TAZ, in dem Beschäftigte der Polizei nur noch auf einer Mülldeponie entsorgt werden könnten. „Nicht als Müllmenschen mit Schlüsseln zu Häusern, sondern auf der Halde, wo sie wirklich nur von Abfall umgeben sind. Unter ihresgleichen würden sie sich bestimmt auch selber am wohlsten fühlen.“

Auf diese Weise wird der Polizist herabgesetzt, er soll als Mensch vergleichsweise weniger Wert sein. Dass die selbst ernannten Wächter gegen Rassismus und Diskriminierung hier widerspruchlos genau diese Mittel gegen Beschäftigte der Polizei einsetzen, ist einfach nur pervers.

Die zweite Stilrichtung ist diffiziler, sie ignoriert die Rechtsstaatlichkeit polizeilicher Maßnahmen. Die Meldungen lauten dann beispielsweise: „Auseinandersetzung zwischen Fußballfans und Polizei“, OS-Radio 104,8 e. V. am 4.11.2019, oder nordbayern.de, das ist der Onlinedienst der Nürnberger Nachrichten und der Nürnberger Zeitung am 9.10.2020: „Rangeleien zwischen Polizei und Demonstranten.“ Diese wahrscheinlich oftmals fahrlässigen Formulierungen sind gefährlich. Selbst gemäßigte Medien erwecken damit den Eindruck, dass die Polizei nicht mehr automatisch die öffentliche Ordnung schützt, sondern sie stellen die polizeilichen Maßnahmen auf eine Stufe mit den rechtswidrigen Angriffen der Störer.

Die Folge dieser Berichterstattung liegt auf der Hand: Immer mehr Menschen hinterfragen polizeiliche Maßnahmen und in einer „Zuerst-Ich-Welt“ verschiebt sich die Grenze zwischen Befolgen und Nichtbefolgen polizeilicher Weisungen in Richtung Widerstand. Setzt dann die Polizei Maßnahmen mit Zwang durch, hat sie in der Folge wieder und vermehrt Polizeigewalt ausgeübt. Eine typische selbsterfüllende Prophezeiung.



Heinfried Keithahn

Und wenn es eine öffentliche Diskussion gibt, dann sind Politiker nicht fern. Es geht ja auch um Wählerstimmen und warum eigentlich nicht dem Mainstream folgen und auf den Zug springen? So kommt etwa die Vorsitzende der SPD, Saskia Esken, zu dem Schluss, dass es auch in Deutschland einen latenten Rassismus in den Reihen der Sicherheitskräfte gibt. Und am Ende der Diskussion werden selbst Forderungen nach einer Abschaffung der Polizei laut.

Doch wem würde die Abschaffung des staatlichen Gewaltmonopols denn helfen? Nur den Extremen von rechts und links.

Für Linksextreme ist es völlig normal, die Meinung andersdenkender zu unterdrücken. Gegendemonstrationen, niederschreien, körperliche Angriffe, nichts wird ausgelassen, um die von der Verfassung geschützte Meinungsfreiheit Andersdenkender zu behindern. Selbst Brandanschläge an Fahrzeugen und Gebäuden der Polizei und Sachbeschädigungen an Gewerkschaftsfahrzeugen und an Büros der Gewerkschaft der Polizei sind schon normal.

Rechtsextreme sind noch verabscheuungswürdiger: Mord, bewaffnete Angriffe auf Politiker, Synagogen, Migranten; Bedrohung Andersdenkender, alles vorhanden.

Aber von den Extremisten strahlt die Verfassungsfeindlichkeit auch in linke und rechte Parteien.

Die Linke, die in mehreren Regierungen vertreten ist, gibt schon 2017 in Berlin auf ihrem Landesparteitag die Richtung vor und ruft in einem Beschluss offen zur Behinderung der Polizei für den Fall auf, dass sie zur Zwangs-räumung von besetzten Häusern eingesetzt wird. Es soll dann eine Situation herbeigeführt werden, in der eine Räumung durch die



Polizei nicht mehr verhältnismäßig ist. Dieser offene Aufruf zum Widerstand gegen die Staatsgewalt erfolgt übrigens in Anwesenheit der Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages, Petra Pau.

2020 entgleist der Linken auf einer Strategiekonferenz in Kassel die Wortwahl. Eine Teilnehmerin referiert: „Energiewende ist auch nötig nach der Revolution. Und auch wenn wir das eine Prozent der Reichen erschossen haben, ist es immer noch so, dass wir heizen wollen.“ Der Parteivorsitzende Riexinger reagiert, distanziert sich aber nicht ausdrücklich, sondern erwidert: „Wir erschießen sie nicht, wir setzen sie schon für nützliche Arbeit ein.“ Kann man das so einfach als Ironie abtun?

Die AfD spricht jedenfalls eine deutliche unmissverständliche Sprache, etwa Markus Frohnmaier, MdB: „Ich sage diesen linken Gesinnungsterroristen, diesem Parteienfilz ganz klar: Wenn wir kommen, dann wird aufgeräumt, dann wird ausgemistet, dann wird wieder Politik für das Volk und nur für das Volk gemacht – denn

wir sind das Volk, liebe Freunde!“ (Quelle: Deutschlandfunk 29.10.2015), oder Sandro Hesel, Mitglied im Landtag Mecklenburg-Vorpommern: „Brennende Flüchtlingsheime sind kein Akt der Aggression, sondern ein Akt der Verzweiflung gegen Beschlüsse von oben“ (Quelle: Schweriner Volkszeitung 29.9.2017).

Beide Parteien wären gut beraten, sich entschieden von jeglicher Gewalt zu distanzieren und sie zu verurteilen. Man kann halt nicht Regierungspartei sein oder werden wollen und gleichzeitig eine radikale Opposition anführen. Das bringt bei Wahlen vielleicht einige Stimmen vom linken und rechten Rand, gefährdet aber die Verfassungsmäßigkeit der Partei.

Am Ende wird deutlich, worum es in der Diskussion um den Stellenwert einer Polizei im demokratischen Rechtsstaat eigentlich geht. Die Polizei schützt die Verfassung und nur sie darf hierfür notfalls Gewalt anwenden. Den Verfassungsgegnern von rechts und links muss die Polizei ein Dorn im Auge sein, denn um die illega-

len Ziele durchzusetzen, müsste die Polizei beseitigt werden, zumindest müssten ihre Möglichkeiten zur Sicherung des freiheitlich demokratischen Staates eingeschränkt werden. Danach wäre der Weg frei, um ungehindert in die direkte gewaltsame Konfrontation mit dem politischen Gegner zu gehen.

Anders als die Weimarer Republik ist Deutschland heute ein wehrhafter Staat. Aber er wird in letzter Konsequenz von der Polizei geschützt. Alle Medien, alle Politiker sollten sich überlegen, wie sie mit der Polizei und ihren Beschäftigten umgehen. Die Polizei setzt als letzte Mittel zur Sicherung von Leben und Gesundheit anderer und zum Schutz unserer Demokratie unmittelbaren Zwang ein. Sie darf das, weil das Parlament sie dazu ermächtigt hat. Es ist der legitime Zwang des Staates und nicht die rechtswidrige Gewalt einer Personengruppe. Vertreter der Presse und der Politik sollten hier genauer differenzieren. Wer am staatlichen Gewaltmonopol rüttelt, gefährdet die Demokratie. ■

EIN URGESTEIN DER GdP BREMEN IST VON UNS GEGANGEN ...

## KLAUS EILERS IST TOT – SEIN LÄCHELN BLEIBT

Nachruf von Dieter Oehlschläger  
(Landesvorsitzender der GdP Bremen von 1995 bis 2005)

Am 16. Oktober 2020 ist unser ehemaliger Kassierer und Geschäftsführer der GdP Service GmbH, Klaus Eilers, verstorben.

Wir erinnern uns: Klaus Eilers, geboren am 3.7.1943, ist im Mai 1966 in unsere Gewerkschaft eingetreten. Beruflich war Klaus in der Kriminalpolizei beheimatet. Bereits 1986 wurde er zum stellvertretenden Kassierer gewählt, vier Jahre darauf schließlich zum Kassierer der GdP Bremen. Als ich 1995 zum Landesvorsitzenden gewählt wurde, war es Klaus, der mir viele Jahre mit Rat und Tat zur Seite stand, das Geld der Mitglieder zusammengehalten hat und dabei stets Rücklagen für den Kauf einer gewerkschaftseigenen Geschäftsstelle generieren konnte. Von 1997 bis 2009 leitete Klaus Eilers gemeinsam mit Hermann Kuhlmann als Geschäftsführer die Service GmbH der

Gewerkschaft der Polizei Bremen und hat in dieser Zeit viele Kontakte zu Geschäftspartnern hergestellt und durch das Verhandeln spezieller Konditionen die Attraktivität der Mitgliedschaft in der GdP steigern können. Die Mitglieder der Gewerkschaft der Polizei Bremen haben Klaus Eilers sehr viel zu verdanken! Mit seiner Gradlinigkeit, hohen Kompetenz in allen finanziellen Dingen und seiner stets sachlichen Beratung in gewerkschaftlichen Situationen war Klaus über viele Jahre eine große Unterstützung unserer Gremien.

Klaus unverkennbar „verschmitztes“ Lächeln wird wieder lebendig und wir erinnern uns an seine kollegiale und freundschaftliche Art, mit der wir uns stets begegnet sind. Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren. Unsere Gedanken und unser Mitgefühl sind bei den Angehörigen. ■



Klaus Eilers mit Ehefrau Hella



## Respekt vor Gericht? Das Verfahren gegen die Familie S.

Benjamin Kieck,  
Kreisgruppe Bremerhaven

Vor etwa drei Jahren artete eine einfache Verkehrskontrolle in Bremerhaven zu einer massiven Auseinandersetzung mit diversen Angriffen gegen Kolleginnen und Kollegen seitens eines sogenannten „libanesischen Familienclans“ aus. Die Fernsehbilder dazu waren bundesweites Thema.

Die Folge war ein Gerichtsverfahren, das man zum Teil als Farce bezeichnen kann. Ein Schöffe der Informationen preisgibt und ausgetauscht werden musste, diverse Befangenheitsanträge gegenüber dem Gericht und das unangemessene Verhalten der Beschuldigten vor Gericht. Dies ist nur ein Teil der vorgefallenen Besonderheiten.

Das anwaltliche Vorgehen durch sog. Konflikthanwälte und die Respektlosigkeit der Beschuldigten zeigen eine besorgniser-

regende Tendenz, die staatlich eingefangen werden muss.

„Gunnar Isenberg (Sprecher des Bremer Landgerichts)  
Die Angeklagten haben auch vor Gericht keinerlei Respekt vor dem Staat gezeigt.“

Der polizeiliche Alltag beinhaltet viele Herausforderungen und noch vor einigen Jahren gehörte das Gerichtsverfahren nicht unbedingt dazu. Das hat sich in den letzten Jahren zunehmend geändert. Dieses zähe Gerichtsverfahren war jedenfalls die „Krönung“!

Es hat aber nun endlich einen Abschluss gefunden. Das Strafmaß beläuft sich bei den drei Hauptbeschuldigten auf zwei Freiheitsstrafen (zwei Jahre + acht Monate und zwei Jahre + drei Monate) und eine Bewährungsstrafe von neun Monaten.

Positiv kann man feststellen, dass viele Kolleginnen und Kollegen unterstützten, indem sie zum Teil als Prozessbeobachter den Verhandlungsterminen beige-wohnt haben.

Ich zolle jedem Kollegen und jeder Kollegin großen Respekt, die sich als Zeugin oder der sich als Zeuge vor Gericht dem Verfahren stellen mussten. Es obliegt dem Dienstherrn, seine Beamten und Beamtinnen für solche Verfahren zu präparieren. Als GdP fordern wir deshalb, dass Kollegen und Kolleginnen noch besser auf ihre Rolle in Gerichtsverfahren vorbereitet werden. Das beginnt in der Ausbildung und setzt sich in einer verlässlichen Weiterbildung fort.

Während des Prozesses wurde sehr deutlich, wie wichtig in einem solch besonders belastenden Verfahren eine Rechtsschutzgewährung, auch der Gewerkschaften, in Form eines Zeugenbeistandes sein kann! ■

## CHANCENGLEICHHEIT

Landesfrauengruppe

Vor über drei Jahrzehnten wurden die ersten Frauen für die uniformierte Polizei eingestellt. Bereits 1974 wurden aufgrund von Personalmangel Frauen für alle Bereiche der Kriminalpolizei eingestellt.

Heutzutage sind Frauen aus der Polizei nicht mehr wegzudenken. Sie haben viel zum Positiven verändert, was sich z. B. in

der gestiegenen Akzeptanz in der Bevölkerung widerspiegelt.

Doch haben sie auch die gleichen CHANCEN?

Diese Beantwortung überlasse ich den Leserinnen und Lesern. Als kleine Orientierungshilfe ein paar statistische Fakten:

- Über 30 % der Tarifbeschäftigten und Beamtinnen der Polizei Bremen sind weiblich.
- Arithmetisch betrachtet müsste ein Drittel der Führungskräfte weiblich sein.

- Je höher die Besoldungsstufe bzw. die Tarifgruppe, desto geringer ist der Frauenanteil.

Dass Frauen multitaskingfähig sind, wurde und wird durch Corona mehr als deutlich. Frauen haben während des ersten Lockdowns bewiesen, wie auch in schweren Zeiten Beruf und Familie vereinbart werden können.

Chancengleichheit ist kein Fremdwort und muss auch nicht gegoogelt werden.

Chancengleichheit ist ein Grundrecht!

Die Polizei sollte jetzt diese Chance nutzen, um auch weiterhin als Arbeitgeber attraktiv zu bleiben, denn ...

... 51 % der Deutschen sind FRAUEN. ■

DP – Deutsche Polizei  
Bremen

Geschäftsstelle  
Bgm.-Smidt-Straße 78, 28195 Bremen  
Telefon (0421) 949585-0  
Telefax (0421) 949585-9  
www.gdp.de/bremen, bremen@gdp.de  
Adress- und Mitgliederverwaltung:  
Zuständig sind die jeweiligen  
Geschäftsstellen der Landesbezirke

Redaktion  
Rüdiger Kloß (V.i.S.d.P.)  
c/o Gewerkschaft der Polizei  
Bgm.-Smidt-Straße 78,  
28195 Bremen

ISSN 0170-642X



## 10. September 2020, Bremer Bürgermeister zu Gast bei den Senioren

Harry Kuck

Zuletzt haben wir uns am 12.3.2020 im „Grollander Krug“ getroffen.

Bis auf Weiteres werden wir mit Einschränkungen aufgrund der Pandemie leben und unser Verhalten dementsprechend anpassen müssen. Nur wenn die Vorgaben strikt eingehalten werden und sich die Verläufe nicht exorbitant verschlechtern, können wir uns auch zukünftig im „Grollander Krug“ begegnen.

Die Zusage von Dr. Andreas Bovenschulte, die Fachgruppe der GdP-Senioren einmal zu besuchen, lag schon einige Monate zurück. Zu diesem Zeitpunkt war noch nicht an Corona zu denken.

Walter Liebetrau hatte dementsprechend noch einmal beim Bürgermeister nachgefragt, ob der vereinbarte Termin noch bestehen bleiben kann.

Der Bürgermeister hielt fest an seiner Zusage und kam pünktlich zum Treffen. Sein Besuch steht in guter Tradition mit seinen Vorgängern. Andreas Bovenschulte wurde von Rainer Zottmann begleitet, der bekanntlich nach seiner Ruhestandsversetzung vom Bremer Bürgermeister zur Unterstützung in Sachen „Corona“ als Sonderbeauftragter des Senats berufen worden ist.

Nachdem Dr. Bovenschulte zunächst einige Informationen zum eigenen Werdegang und zu aktuellen Themen den anwesenden Kolleginnen und Kollegen zum Besten gab, stand er Rede und Antwort zu Fragen aus dem Kreis der Anwesenden.

Der Landesvorsitzende Lüder Fasche, der noch gerade rechtzeitig von einem auswärtigen Termin in Grolland eingetroffen war, nutzte die Gelegenheit, um nochmals die Sichtweise und auch die Verärgerung der GdP zum neuen Polizeigesetz darzustellen.

Die Gewerkschaft der Polizei wird insbesondere gegen die in der Gesetzesvorlage eingebrachte „Zuverlässigkeitsprüfung“ stimmen. Erwartungsgemäß gab es an dieser Stelle keine Übereinstimmung.

Auch auf eine Frage bezüglich zukünftiger Tarifverhandlungen und den damit verbundenen Forderungen nach mehr Gehalt gab es hier nur die wiederkehrenden Floskeln. Man müsse schauen, was in dieser Zeit noch möglich sei, da die Kosten der Pandemie für den Staat extrem hoch sind.

Fragen nach der Innenstadtgestaltung sowie die Anzahl der Abfallbeseitigungshöfe, waren auch Themen, zu denen der Bürgermeister Stellung bezog.

Ich meine:

Auch wenn das Ausmaß der Diskussion zum Polizeigesetz im Rahmen dieser Veranstaltung ein wenig kritisiert wurde, ist



Andreas Bovenschulte

es wegen der grundsätzlichen Bedeutung für die Polizei von großem Belang und wird auch in den nächsten Wochen noch für viel Gesprächsstoff sorgen.

Insgesamt kam der Besuch des Bürgermeisters bei den Kolleginnen und Kollegen der Fachgruppe Senioren sehr gut an. ■

### Regelmäßige Treffen der Fachgruppe Senioren bis Ende März 2021 abgesagt

Der Vorstand der Fachgruppe Senioren

Liebe Kolleginnen und Kollegen, aufgrund der dynamischen Entwicklung der Corona-Krise haben wir uns entschlossen, alle geplanten regelmäßigen Treffen der Fachgruppe Senioren bis Ende März 2021 abzusagen. Davon betroffen sind in Bremen die jeweils am 2. Donnerstag im Monat ge-

planten Treffen im „Grollander Krug“ und in Bremerhaven die jeweils am 2. Dienstag im Monat geplanten Treffen im „Ernst-Barlach-Haus“.

Wir bedauern diese Maßnahme. Vor dem Hintergrund der Gefährlichkeit des Coronavirus sehen wir aber keine andere Mög-

lichkeit. Ob und unter welchen Voraussetzungen die regelmäßigen Treffen im April wieder stattfinden können, werden wir rechtzeitig bekannt geben.

Wir sind auch in den kommenden Monaten für euch da. Ihr könnt uns telefonisch über die Geschäftsstelle der GdP in Bremen unter Tel.: (0421) 9495850 erreichen oder aber ihr sendet uns eine Mail an senioren@gdp-hb.de. ■



## HINWEIS FÜR DIE FACHGRUPPE SENIOREN IN BREMERHAVEN

Werner Volkmann

### 1. Verteilung der Taschenkalender

Nach wie vor haben wir Bremerhavener Senioren keine Möglichkeit, uns monatlich im Ernst-Barlach-Haus (Seniorentreffpunkt) zu treffen. Trotzdem möchte ich die Taschenkalender für das Jahr 2021 an unsere Mitglieder verteilen.

Ich werde mich also am Donnerstag, dem 3. Dezember, ab 13 Uhr vor dem Ernst-Barlach-Haus mit den GdP-Kalendern aufhalten.

Wer also einen Taschenkalender benötigt, kann ihn dann abholen!

### 2. Weihnachtsfeier 2020

Die diesjährige Weihnachtsfeier findet nicht statt! ■



## GdP-Erfolg: Zuverlässigkeitsüberprüfung gekappt

### Neues Polizeigesetz schenkt weiter kein Vertrauen und wenig Hilfe

Lüder Fasche

Die regelmäßige anlasslose Zuverlässigkeitsüberprüfung aller Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamten im Land Bremen war Teil des ersten Gesetzesentwurfs zum Bremischen Polizeigesetz. Die Gesinnungsschnüffelei und Datenrecherche, die spätestens alle sieben Jahre zur Bewertung der charakterlichen Eignung stattfinden sollte, wurde von uns als GdP besonders massiv kritisiert. Wir verwiesen auf den Radikalerlass und auch von unseren Mitgliedern gab es reichlich Argumente dagegen. Den politisch Verantwortlichen wurde deutlich gemacht, dass die GdP den Paragraphen schlussendlich verfassungsrechtlich überprüfen lassen wird.

Dass die ursprünglich geplante Regelung einer solchen Überprüfung nicht standhalten und sehr viel Personal verschlingen wird, ist den Koalitionären of-

fenbar zwischenzeitlich klar geworden. Auf den entsprechenden Passus im Beamtenengesetz wurde verzichtet. Im überarbeiteten Entwurf zum BremPolG findet sich aber immer noch die Möglichkeit einer Zuverlässigkeitsüberprüfung, jedoch müssen nun konkrete Tatsachen vorliegen, die

„ Sascha Aulepp, Landesvorsitzende der SPD, im Weser-Kurier am 9.11.2020

Eine Regelanfrage beim Verfassungsschutz würde das Einstellungsverfahren für Richter und Staatsanwälte in eine ungute Nähe zum Radikalerlass der Siebzigerjahre rücken.

Zweifel an der jeweiligen Verfassungstreue begründen. Welche Tatsachen das in einem Staat, der es nicht schafft, die NPD als verfassungswidrig zu definieren, sein sollen, muss wohl noch geklärt werden.

Das in der Regelung normierte tiefe Misstrauen gegen die Polizei findet sich aber nach wie vor in der überarbeiteten Gesetzesnovelle. Denn auch die neue Form des „Verfassungs-TÜV“ gilt ausschließlich für angehende Beschäftigte der Polizeien im Land Bremen. Anderen verbeamteten Beschäftigten schenkt man mehr Vertrauen. So viel, dass sich selbst die Bremer SPD-Vorsitzende Sascha Aulepp nicht zu schade war, sich dem Vorhaben des SPD-geführten Justizressorts entgegenzustellen, als das plante eine solche Zuverlässigkeitsüberprüfung

„ SPD-Innensenator Mäurer vor der Bürgerschaft am 9.7.2020

Wir sind gut beraten, die Polizei zu schützen und ab und zu einmal nachzuschauen. Das machen wir auch beim Verfassungsschutz. Auch da gibt es eine Kontrolle, aber das hat mit Berufsverboten und mit dieser Gesinnungsschnüffelei der 70er-Jahre überhaupt nichts zu tun.



Stimmte am 16.11. für die Zuverlässigkeitsüberprüfung bei Polizeibeschäftigten, wehrt sich aber gegen das gleiche Vorgehen bei RichterInnen und StaatsanwältInnen: SPD Vorsitzende Sascha Aulepp

Foto: SPD Bremen

auch für künftige Juristinnen und Juristen im Bremer Staatsdienst einzuführen. Nun war es plötzlich die SPD-Vorsitzende, die ihrerseits auf den Radikalenerlass der 70er verwies.

Unser Verständnis hat sie dafür. Unseren Zorn aber noch viel mehr. Wieso hat sie geschwiegen, als es um die Polizei ging? Und warum muss gerade sie als ehemalige Richterin sich jetzt äußern, wenn es RichterInnen und StaatsanwältInnen betrifft?

Neben dem Teilerfolg zur Zuverlässigkeitsüberprüfung konnte die GdP Veränderungen an weiteren Stellen des Neuentwurfs zum Polizeigesetz bewirken.

So wurde die Ausweitung der Kennzeichnungspflicht für Angehörige der Bereitschaftspolizei im Einzeldienst wieder aus dem Gesetzestext genommen. Ein Erfolg, der an unserer grundsätzlichen Ablehnung nichts ändert.

Unsere stetige Forderung nach einem rechtlich möglichen Einsatz der Bodycam in Wohnungen wurde nun auch im zweiten Anlauf erhört. Vermutlich hätte sich diese Rechtsgrundlage schon im ersten Entwurf wiedergefunden, wenn man frühzeitig mit uns gesprochen hätte.

Aus Fehlern lernen die rot-rot-grünen Innenpolitiker scheinbar dennoch nicht. Plötzlich finden sich im neuen Entwurf völlig praxisfremde und stark einschränkende Regelungen zum Schusswaffengebrauch gegen flüchtende Verbrecher (Näheres in der nächsten DP).

In der Sondersitzung der Innendeputation Ende Oktober appellierte der GdP-Landesvorsitzende deshalb dringend an alle Verantwortlichen, diese wenig hilfreiche

Regelung bis zur entscheidenden Bürgerschaftssitzung am 18.11.2020 nochmals zu überdenken.

Bestimmungen übereilt in den Entwurf zu übernehmen und sie dann erst mal bis zum September 2021 auszusetzen, kann jedenfalls nicht die Lösung sein. So geschehen nun bei den schwer umzusetzenden und viel zu umfangreichen Regelungen zum Datenschutz und zu den unsäglichen Kontrollquittungen anlässlich von Identitätsfeststellungen. Linke Innenpolitiker mögen das nett finden, der Polizei erschweren sie aber mit einer solchen eher symbolträchtigen Klientelregelung die Arbeit unnötig. ■



## Redaktionsschluss

Redaktionsschluss für die Januar-Ausgabe 2021, Landesjournal Bremen, ist der 1. Dezember 2020.

Artikel bitte mailen an: [klossi@onlinehome.de](mailto:klossi@onlinehome.de)

Es war ein anderer Sommer.  
Es war ein anderes Jahr.  
Es wird ein besonderes Weihnachten.  
Die GdP Bremen wünscht es Euch.



Und 2021 starten wir mit Euch wieder durch!  
Kommt gut rein.